



Zeitschrift für Diskursforschung

Journal for Discourse Studies

- **Marlon Barbehön / Wolf J. Schünemann**
Bound to leave? Die Schottland-Frage im Diskurs zum
britischen In-/Out-Referendum
- **Philipp Grunewald / Louise Cooke**
Discursive structures in knowledge co-creation: Analysing
interactions with SKAD and Social Network Analysis
- **Oke Bahnsen / Eric Linhart**
Politische Diskurse in Print- und Online-Medien: Eine empirische
Analyse am Beispiel der Novelle des Erneuerbare-Energien-
Gesetzes 2014
- **Lukas Bäuerle**
Warum VWL studieren? Sinnangebote ökonomischer
Lehrbuchliteratur

Inhaltsverzeichnis

Willy Viehöver / Reiner Keller / Werner Schneider

Editorial 220

Themenbeiträge

Marlon Barbehön / Wolf J. Schünemann

Bound to leave? Die Schottland-Frage im Diskurs zum britischen
In-/Out-Referendum 223

Philipp Grunewald / Louise Cooke

Discursive structures in knowledge co-creation:
Analysing interactions with SKAD and Social Network Analysis 247

Oke Bahnsen / Eric Linhart

Politische Diskurse in Print- und Online-Medien:
Eine empirische Analyse am Beispiel der Novelle des
Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2014 277

Lukas Bäuerle

Warum VWL studieren?
Sinnangebote ökonomischer Lehrbuchliteratur 306

Reviews

Max Makovec

Schellhöh, J./Reichert, J./Heins, V./Flender, A. (Hrsg.) (2018):
Großerzählungen des Extremen.
Neue Rechte, Populismus, Islamismus, ›War on Terror‹ 333

Dennis Lichtenstein

Lönnendonker, J. (2018): Konstruktionen europäischer Identität.
Eine Analyse der Berichterstattung über die Beitrittsverhandlungen
mit der Türkei 1959 bis 2004. 338

Marlon Barbehön / Wolf J. Schünemann

Bound to leave?

Die Schottland-Frage im Diskurs zum britischen In-/Out-Referendum

Zusammenfassung: Das britische Votum für einen Austritt aus der EU hat innerhalb des Königreichs die Frage nach der Unabhängigkeit Schottlands reaktiviert. Stimmt Mehrheiten in England und Wales für einen Austritt, wurde in Schottland (sowie Nordirland) der Verbleib mehrheitlich unterstützt. Zudem war die Schottland-Frage ein wesentlicher Bestandteil der Referendumsdebatte. In diesem Beitrag untersuchen wir die Interferenzen der beiden identitären Mehrebenenkonflikte aus diskursanalytischer Perspektive. Dabei gehen wir von komplexen Identitätsverhältnissen aus, die es beiden Wahlkampfslagern ermöglichten, »Schottland« für unterschiedliche Argumente einzusetzen. Für die Datenerhebung haben wir ein innovatives Verfahren der Sammlung von Online-Kommunikation erprobt. Im Ergebnis ermitteln wir sowohl eine Dichotomisierung als auch eine Überformung der soziohistorisch komplexen Schottland-Frage durch die bipolare Konfliktkonstellation des Referendums.

Schlagwörter: Brexit, EU-Referendum, Schottland, Identität, Argumentationsanalyse

Summary: The British vote to leave the EU has reactivated the question of Scottish independence. Whereas majorities in England and Wales voted to leave, EU membership was supported in Scotland (and Northern Ireland) by a majority. Moreover, the Scottish question had been an essential element of the referendum debate. In this article, we examine the interferences of both conflicts from a discourse-analytical perspective. We presume the existence of complex identity relations which allowed both sides of the election campaign to use »Scotland« for different argumentative purposes. To collect our data, we tested an innovative method for capturing online communication. As a result, we find that the socio-historically complex Scotland question is both dichotomised and superposed by the bipolar referendum situation.

Keywords: Brexit, EU-Referendum, Scotland, Identity, argumentation analysis

1 Einleitung

Die am 23. Juni 2016 in einem Referendum getroffene Entscheidung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, die Europäische Union (EU) verlassen zu wollen, gehört ohne Zweifel zu den am meisten beachteten politischen Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit. Nachdem das europäische Projekt über Jahrzehnte hinweg nur die Richtung einer »immer engeren Union der Völker Europas« (Präambel des Vertrags über die Europäische Union) kannte, markiert die britische Entscheidung für einen EU-Austritt einen neuen Höhepunkt der zuletzt zunehmend sichtbaren Desintegrationstendenzen innerhalb Europas. Entsprechend zahlreich sind die politikwissenschaftlichen Versuche, diese neue Eskalationsstufe des traditionell *konfliktbeladenen Verhältnisses*

zwischen Großbritannien und der EU zu deuten und zu erklären (Oppermann 2016; Sturm 2016a; Applebaum 2017; Clarke/Newman 2017; Schmidt 2017). Zugleich lässt sich anhand der Referendumsdebatte und des Abstimmungsergebnisses erkennen, dass der Brexit auch ein vielschichtiges *innerstaatliches Konfliktpotenzial* birgt (Hobolt 2016; McEwen 2016; Sturm 2016b; Ford/Goodwin 2017; Gallagher 2017; Guelke 2017), nicht zuletzt angesichts des territorial differierenden Wahlverhaltens der Bevölkerung. Während sich England und Wales mit 53,4 % und 52,2 % mehrheitlich für den Austritt aussprachen, errangen in Nordirland und insbesondere in Schottland die Anhänger eines Verbleibs in der Gemeinschaft mit 55,8 % und 62,0 % klare Mehrheiten (Lord Ashcroft Polls 2016). Ein ähnliches Bild liefern die Ergebnisse von Nachwahlbefragungen: Demnach haben diejenigen Befragten, die sich eher als britisch denn als englisch bezeichnen, zu 63 % für einen Verbleib in der EU gestimmt, wohingegen 79 % derjenigen Befragten, die sich als ausschließlich englisch verstehen, für einen Austritt votierten (ebd.).

Diese Beobachtungen machen deutlich, dass es beim Brexit nicht allein um die Beziehung zwischen Großbritannien und der EU ging. Vielmehr kam (mindestens) ein zweiter Konflikt mit ins Spiel, nämlich die Frage nach dem Status der unterschiedlichen Nationen innerhalb des Vereinigten Königreichs und deren (je spezifischem) Verhältnis zum europäischen Einigungsprozess. In diesem Zusammenhang spielt Schottland eine besondere Rolle. Einerseits haben die Autonomiebestrebungen des Nordens der Insel eine lange Vergangenheit, andererseits ist das schottische Verhältnis zur EU gerade im Vergleich zum übrigen Vereinigten Königreich von spezifischer Natur (detailliert hierzu Abschnitt 2). In der Brexit-Debatte kam es dementsprechend zu vielfältigen Verschränkungen zwischen EU- und Schottland-Frage, etwa im Hinblick auf die Implikationen eines EU-Austritts für die Sezessionsbemühungen schottischer Nationalisten oder die Bedeutung der EU-Mitgliedschaft für das politische Kräfteverhältnis zwischen Westminster und Holyrood (siehe auch Gallagher 2017).

Im vorliegenden Beitrag gehen wir derartigen Verkopplungen aus wissenssoziologisch-diskursanalytischer Perspektive nach. Wir befragen die Debatte rund um das Brexit-Referendum danach, welche Rolle die Schottland-Frage in den beiden Lagern zur britischen EU-Mitgliedschaft gespielt hat. Dabei gehen wir davon aus, dass zum Verständnis des europapolitischen Konflikts in Großbritannien die Bedeutung Schottlands nicht auf das (vor dem Referendum allgemein erwartete) spezifische Wahlverhalten des schottischen Elektorats reduziert werden kann. Im Anschluss an die konstruktivistische Identitätsforschung begreifen wir »Schottland« vielmehr als diskursive Kategorie, deren spezifische Bedeutung und argumentative Funktion in diskursiven Praktiken hergestellt wird. Wir nehmen an, dass in der argumentativen Auseinandersetzung jeweils spezifische Komponenten einer so verstandenen schottischen Identität sowie ihres Verhältnisses gegenüber Großbritannien und der EU¹ mobilisiert wurden. Einerseits erlaubt eine solche

1 »Großbritannien« und »EU« sind selbstredend ebenfalls als diskursiv konstruierte Kollektivitäten zu begreifen, aus Platzgründen können wir diese jedoch nicht systematisch in unsere Analyse integrieren. Für konstruktivistisch ausgerichtete Studien zu deren Verhältnis siehe etwa Jachtenfuchs/Diez/Jung (1998), Teubert (2008), Risse (2010) oder Wodak (2018).

Perspektive ein Verständnis dafür, wie die Schottland-Frage im Zuge der Brexit-Debatte in ihrer Komplexität reduziert wurde, um im Kontext einer bipolaren Entscheidungssituation (für oder wider EU-Mitgliedschaft) sinnhaft artikuliert werden zu können. Andererseits möchten wir die unterschiedlichen argumentativen Figuren ermitteln, mittels derer die beiden Lager im Referendumswahlkampf versuchten, die Schottland-Frage in ihre jeweilige Position zur EU-Mitgliedschaft in plausibler Art und Weise einzubetten.

Mit dieser Analyse der Wahlkampfdebatte, die territorialen Differenzen innerhalb eines EU-Mitgliedstaats Rechnung trägt, verorten wir uns auf einer vermittelnden Position zwischen einer auf die Momentaufnahme der Wahlentscheidung abzielenden Umfrageforschung, die Identität als individuelle Einstellung zu ermitteln sucht (Lord Ashcroft Polls 2016; für die EU-Forschung generell siehe Marks 1999; Citrin/Sides 2004), und einer sozialkonstruktivistischen Identitätsforschung, die in räumlicher Dimension zu einer Makroperspektive tendiert und Identitätsdiskurse in Bezug auf Mitgliedstaaten als (vermeintlich) homogene »Ganzheiten« untersucht (Diez 1999; Parsons 2003; Risse 2010; detailliert hierzu Abschnitt 2). Demgegenüber nehmen wir mit der Referendumsdebatte eine besonders intensive und in ihren Identitätsbezügen markante gesellschaftliche Kommunikationssituation in den Blick, wobei wir uns dafür interessieren, in welcher Weise die Figur »Schottland« genutzt wird, um ein kollektives Wissen über das spezifische Spannungsverhältnis im Dreieck Großbritannien, Schottland und EU zu mobilisieren und damit für diese oder jene Position zum Brexit-Referendum zu werben.

Zur Datenerhebung greifen wir auf neue Wege der digitalen Datenwissenschaften zurück. Damit stellen wir zum einen eine systematische Erhebung eines ausgewogenen Datenkorpus sicher, zum anderen tragen wir den strukturellen Besonderheiten einer Referendumsdebatte sowie den Praktiken moderner Wahlkampfkommunikation Rechnung. Als Materialzugang dient uns die referendumsbezogene Twitter-Kommunikation, die wir automatisiert erfasst, gefiltert und zur Generierung eines Korpus von Online-Dokumenten aus dem Wahlkampf genutzt haben (siehe Abschnitt 3). Die empirische Analyse (siehe Abschnitt 4) orientiert sich am Forschungsprogramm der Wissenssoziologischen Diskursanalyse und seinem Zuschnitt auf (europa-)politische Debatten. Wir unternehmen darin den Versuch, die komplexen Verkopplungen zwischen Schottland- und EU-Frage im Vergleich der beiden Wahlkampfager zu systematisieren. Im Ergebnis (zusammengefasst in Abschnitt 5) zeigt unsere Analyse, dass der Konflikt um den politischen und territorialen Status Schottlands nicht nur in die bipolare Referendumslogik überführt, sondern zugleich vom Konflikt über die britische EU-Mitgliedschaft überlagert wird: Die Unabhängigkeit Schottlands tritt (bisweilen auch für deren zentrale Fürsprecher) in den Hintergrund, um sich für den historischen Moment der Brexit-Debatte in den Dienst der europapolitischen Frage zu stellen. Unsere Untersuchung macht somit deutlich, wie die politische und kommunikative Ausnahmesituation eines Referendums gesellschaftliche Konfliktlinien konfiguriert und einen spezifischen Diskursraum hervorbringt, der auch tief verwurzelte Konflikte (wie den um die nationale Integrität Großbritanniens bzw. die Selbstbestimmung Schottlands) auf seine Logik verpflichtet.

2 Schottland in Großbritannien und Europa als Identitätstheoretischer Gegenstand

Angetrieben von der vor über 80 Jahren gegründeten Scottish National Party (SNP) entwickelte sich die Frage nach dem konstitutionellen Status Schottlands (»The Scottish Question«, Mitchell 2014) in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zum Dauergegenstand der politischen Auseinandersetzung im Vereinigten Königreich. Im Zuge der sog. Devolution wurden Schottland sukzessive weitgehende Autonomiebefugnisse übertragen. Als Folge des Devolutionsreferendums 1997 wurde 1999 erstmals ein Schottisches Parlament gewählt. Lange zuvor hatte sich der gemäßigtere Ruf nach Selbstregierung seitens der Partei in eine dezidierte Forderung nach nationaler Unabhängigkeit verwandelt (Mitchell/Bennie/Johns 2012), die allerdings den Devolutionspfad nicht ausschloss. Der SNP gelang ein dynamischer Aufstieg von einer Partei am Rande des politischen Wettbewerbs zur schottischen Regierungspartei. 2007 ging sie erstmals als stärkste Kraft aus den Parlamentswahlen hervor und stellt seither die Regierung. Die fortgesetzten Unabhängigkeitsbestrebungen der Partei kulminierten im September 2014 in einem (letztlich gescheiterten) Unabhängigkeitsreferendum.

Die Schottland-Frage ist auf komplexe und ambivalente Weise mit der europäischen Integration verschränkt (Paquin 2002; Dardanelli 2005). Dabei waren der früheren Unabhängigkeitsbewegung, angeführt durch die SNP, die supranationalen Einigungsbemühungen zunächst kaum minder suspekt denn die Herrschaftsansprüche Londons (Keating 2015, S. 201). Im ersten britischen In-/Out-Referendum 1975, als es um den Verbleib des frisch beigetretenen Königreichs in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ging, führte die SNP eine Kampagne für den Austritt und war die Mehrheit für den Verbleib in keinem Landesteil so knapp wie in Schottland (McHarg/Mitchell 2017, S. 513). Im auffälligen Kontrast hierzu hat die Partei im Zuge ihrer ideologischen Redefinitionen 1988 zu einem offiziellen Bekenntnis zur Unabhängigkeit im Rahmen der Europäischen Union (»independence in Europe«) gefunden (McHarg/Mitchell 2017, S. 517; Mitchell/Bennie/Johns 2012, S. 32). Auch dieses Bekenntnis ist indes ambivalent, kommt doch seine taktische Dimension (nicht zuletzt in der zentralen Losung) immer wieder klar zum Vorschein. Denn zum einen ermöglicht es der SNP, die pro-europäische Karte in Abgrenzung insbesondere zur konservativ geführten,² europaskeptischen Zentralregierung (Keating 2015, S. 202; siehe auch Haesly 2001) auszuspielen, zum anderen können die Unabhängigkeitsbefürworter sich mit Verweis auf eine Zukunft innerhalb der EU unangenehmer Fragen, etwa nach Marktzugang, Währung und Grenzregime, besser erwehren. Tatsächlich zeigen auch Umfrageuntersuchungen unter SNP-Mitgliedern, dass eine nennenswerte Gruppe der Unabhängigkeitsbefürworter (22 %, Mitchell/Bennie/Johns 2012, S. 118) sich auch für einen Austritt aus der EU ausspricht. Überhaupt kann mit Keating (2015) für die europapolitische Einstellung der Schotten konstatiert werden, dass

2 Die Abgrenzung zu den Tories ist hierbei ein mindestens ebenso wichtiges Element wie die europapolitische Positionierung selbst: Wie Mitchell (2015, S. 100) festhält, gelten die Konservativen als »the ›other‹« für weite Teile der schottischen Wählerschaft.

der sog. permissive Konsens in Schottland noch zu funktionieren scheint, d.h.: Wir haben es nicht mit einem leidenschaftlichen Bekenntnis zur EU zu tun, vielmehr ist die europäische Frage insgesamt von weit geringerer Saliens als insbesondere in England. Zudem ist in klarem Kontrast zu England die Euroskepsis weniger stark verbreitet. Mit anderen Worten kann sich die SNP eine offen pro-europäische Haltung erlauben, ohne dadurch Schaden zu nehmen. Sie wird aber nicht deshalb gewählt.

Der taktische Gebrauch ist auch in den eng aufeinander folgenden Referenden (in Schottland über die Unabhängigkeit 2014, im Vereinigten Königreich über den EU-Austritt 2016) deutlich zum Ausdruck gekommen. Im Referendumswahlkampf 2014 bildete die EU-Mitgliedschaft die wesentliche Hintergrundfolie für zentrale Visionen einer Lösung aus dem Königreich (Keating 2015, S. 201). Umgekehrt dienten die angebliche Unmöglichkeit oder die Unwägbarkeiten einer schottischen Mitgliedschaft nach der Abspaltung als ein zentrales Argument der Unabhängigkeitsgegner. Vor und nach der Brexit-Abstimmung drohte die schottische Regierung mit einem zweiten Unabhängigkeitsreferendum, sollte es durch ein missliebiges Austrittsvotum aus der EU gedrängt werden. Diese Forderung wurde wiederum vonseiten der Brexit-Gegner mobilisiert, um vor einem Auseinanderfallen des Vereinigten Königreichs zu warnen.

Diese knappe Skizze verdeutlicht, dass die Frage nach der EU-Mitgliedschaft Großbritanniens sowohl grundsätzlich und strategisch mit der Schottland-Frage verbunden ist («independence in Europe») als auch situativ-taktisch mit ihr verkoppelt wird. Dabei zeigt sich, wie die Beziehungen zwischen nationaler, zentralstaatlicher und supranationaler Ebene unterschiedlich arrangiert werden können. Diese Variabilität des Konfliktgegenstands gilt dabei nicht zuletzt für dessen Entitäten selbst: Das, was unter »Schottland«, »Großbritannien« und »EU« jeweils verstanden wird, ist nicht objektiv vorgegeben, sondern ein bewegliches Produkt diskursiver Praktiken, die diesen territorialen Kollektiven spezifische Bedeutungsgehalte erst zuweisen. Mit dieser zentralen theoretischen Annahme betreten wir das Feld der *Identitätsforschung*, die in der sozialwissenschaftlichen Europaforschung einen zentralen Stellenwert einnimmt, gehört doch die Frage nach dem Verhältnis von nationalstaatlichen Gemeinschaften und europäischer Integration sowie nach den Möglichkeiten und Grenzen der Herausbildung einer kollektiven Identität innerhalb des politisch integrierten Europas seit jeher zu den zentralen Gegenständen der wissenschaftlichen Diskussion.

Ein spezifischer Strang dieser Forschung begreift kollektive Identität dabei als etwas, das in sozialen Deutungsprozessen aktiv hervorgebracht wird. Empirisch zeigt diese Forschung, dass sich in den EU-Mitgliedstaaten signifikant unterschiedliche Vorstellungen dahingehend finden lassen, was die EU als soziale, wirtschaftliche und politische Gemeinschaft auszeichnet und in welchem Verhältnis sie zur nationalstaatlichen Gemeinschaft steht (Diez 1999; Parsons 2003; Risse 2010). Damit stehen diese Arbeiten mehr oder weniger explizit in der Tradition der wegweisenden Studien von Anderson (1991) und Billig (1995). Identität wird dort nicht als Substanz verstanden, die ein Individuum in sich trägt oder die ihm abgeht, sondern als stetig in Bewegung befindliches Produkt der Selbstbeobachtung und -beschreibung. Eine nationale Identität zu besitzen, so formuliert Billig, »is to possess ways of talking about nationhood« (Billig 1995, S. 8). Dies

verweist auf die konstitutive Bedeutung von Symbolsystemen, insbesondere von Sprache, die aktiv an der Hervorbringung von Kollektivität beteiligt ist. In diesem Sinne sind nationalstaatliche Gemeinschaften als »imaginiert« zu betrachten (Anderson 1991) – was nicht heißt, dass sie nicht »existieren« würden, sondern dass ihre Existenz an die soziale Praxis gebunden ist, sich fortdauernd als eine Gemeinschaft zu erzählen (Schünemann/Keller 2015).

Für den Fall Großbritannien hat sich nicht zuletzt durch die oben genannten Studien das Bild einer europaskeptischen Insel etabliert, die die europäische Einigung als Marktprojekt betrachtet und im bürokratischen Institutionensystem der EU eine permanente Gefahr für die nationale Souveränität und Identität erkennt (Jachtenfuchs/Diez/Jung 1998; Teubert 2008; Risse 2010; Wodak 2018). Dabei ist auffallend, dass das Verhältnis von europäischer Gemeinschaft und »heimischem« Kollektiv nahezu ausschließlich auf der Ebene des gesamten Mitgliedstaats behandelt wird. Die Identitätsforschung findet ihre Untersuchungseinheit in *dem* EU-Mitgliedstaat, für den *eine* sozial konstruierte Bedeutung der EU herausgearbeitet wird. Als paradigmatisches Beispiel hierfür kann der Zugriff von Risse (2010) gelten, der die Identitätsdiskurse unterschiedlicher Nationalstaaten auf ihre Passgenauigkeit mit dem europäischen Projekt hin befragt und damit die Potenziale der Entwicklung und Stabilisierung einer europäischen Identität in unterschiedlichen Mitgliedstaaten auslotet. Obgleich nationalstaatlichen Gemeinschaften sicherlich eine (besonders) wirkmächtige Stellung in der Imagination von politischer Kollektivität zufällt, so ist ein solcher Fokus doch blind für die Existenz von differierenden und sich gegebenenfalls widersprechenden Identitäten, die sich innerhalb eines Mitgliedstaats in Bezug auf das europäische Kollektiv ausbilden (Schmidt/Tenscher/Weber 2003; Barbehön 2015, 2016). Diese Sensibilität für die regionalen Differenzen in Identitätskonstruktionen scheint insbesondere auch zum Verständnis der innenpolitischen und innergesellschaftlichen Folgen des Brexit-Votums und der nationalistischen Rhetorik von großer Bedeutung zu sein (McEwen 2018).

Im Lichte der oben dargestellten Einsichten zur britischen Verschränkung von innerstaatlichen Identitätskonflikten und europäischer Integration ist die gängige Praxis, das Verhältnis von Mitgliedstaaten und EU allein als Zwei-Ebenen-Spiel zu behandeln, insbesondere im Falle Großbritanniens weitreichend. Um dem Beziehungsgeflecht der drei territorialen Entitäten Rechnung tragen zu können, schlagen wir daher eine Perspektive vor, die den Brexit nicht auf den Konflikt »Großbritannien« vs. »EU« beschränkt, sondern ebenfalls Bezugnahmen auf »Schottland« systematisch einbezieht. Dementsprechend fragen wir danach, welche Rolle die – jeweils spezifisch ausgedeutete – Schottland-Frage in den unterschiedlichen Lagern des Referendumswahlkampfes gespielt hat. Dabei untersuchen wir die Referendumsdebatte selbst auf nationalstaatlicher Ebene, d.h. nicht differenziert nach schottischen vs. restbritischen Äußerungen. Dies ist einerseits bedingt durch die methodische Schwierigkeit, die Autorenschaft von Twitter-Beiträgen regional zu verorten, sowie andererseits durch den Umstand, dass sich das Brexit-Referendum um die EU-Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs als Ganzes dreht, was es nahelegt, den Diskursraum auf gesamtgesellschaftlicher Ebene anzusiedeln. Anstatt nach spezifischen Diskurssträngen innerhalb Großbritanniens zu fragen, möchten wir ermitteln, mit

welch unterschiedlichen Bedeutungen und argumentativen Funktionen »Schottland« in der Brexit-Debatte insgesamt aufgerufen wird. Im folgenden Abschnitt skizzieren wir das analytische Raster und den methodischen Zugriff, die uns eine solche Analyse ermöglichen sollen.

3 Untersuchungsgegenstand, Material und methodisches Vorgehen

Referendumsdebatten können als Ausnahmesituationen politischer Kommunikation gelten. Die sachunmittelbare Abstimmung befreit die Willensbildung und Entscheidungsfindung von den Regeln der eingespielten Aushandlungsprozesse und kommunikativen Praktiken parteipolitischer Akteure. Interessengruppen, Ad-hoc-Organisationen und Aktivisten können unmittelbar in das Wahlkampfgeschehen eintreten. Neben den politischen öffnen sich auch die »diskursiven Gelegenheitsstrukturen« (Ulrich 2013), sodass latente Deutungskämpfe »manifest« werden (Schünemann 2016). Das befreiende Potential der Referendumsituation wurde in der Vergangenheit insbesondere auf dem Feld europapolitischer Auseinandersetzung erkennbar. Denn diese fand während des politischen Regelbetriebs über lange Zeit eingehegt durch einen parteipolitischen Mainstream und Elitendiskurs statt, der den »Widerstand gegen Europa« (schon dies eine stigmatisierende Wendung, die nach außerhalb der Grenzen des Sagbaren verweist)³ Splittergruppierungen an den meist wenig sicht- und hörbaren Rändern des politischen Spektrums überließ (Taggart 1998; Roger 2009). Mit Blick auf die sog. Euroskepsis stellt Großbritannien zwar traditionell einen Sonderfall dar, denn die Kritik an der europäischen Einigung ist hier zu keinem Zeitpunkt ähnlich tabuisiert gewesen wie in vielen kontinentaleuropäischen Staaten. Und doch sind auch für Großbritannien Europareferenden als Sonderformen von Wahlkämpfen ausgesprochen intensive politische Kommunikationssituationen, die strukturelle und modale Besonderheiten aufweisen. Dies beinhaltet die Dichotomie der Entscheidungsalternative und die Tendenz zu Vereinfachung und Zuspitzung (hier: *Leave* vs. *Remain*) sowie die bipolare Ausrichtung der Auseinandersetzung, bedingt durch eine kampagnenregulatorisch vorgegebene Zwei-Lager-Konstellation (s.u.). Dies hat zur Folge, dass sich die Wahlkampfakteure stets als Vertreter des einen oder anderen Lagers positionieren und ihre Argumente in der jeweils spezifischen diskursiven Umwelt mit Plausibilität versorgen müssen.

Diese strukturellen und strukturierenden Besonderheiten (europa-)politischer (Referendums-)Debatten seien einem grundlegenden Diskursverständnis also hinzugefügt. In unserem Diskursbegriff, den grundlegenden diskurstheoretischen Annahmen sowie me-

- 3 Dementsprechend gehört es zu den Pflichtübungen von Widerstandsakteuren in europapolitischen Kampagnen, insbesondere, wenn Parteien sich als moderate Kräfte und wählbare Alternative präsentieren möchten, festzuhalten, dass ihre Gegnerschaft sich nicht gegen »Europa« oder die EU als solche, sondern gegen »dieses« Europa, den jeweiligen Reformvertrag oder als negativ wahrgenommene Tendenzen richte.

thodologischen Überlegungen orientieren wir uns am Forschungsprogramm der Wissenssoziologischen Diskursanalyse (WDA, Keller 2011), die mit der Diskursforschung nach Foucault (1974, 1981) und der Hermeneutischen Wissenssoziologie nach Berger und Luckmann (1969) zwei besonders einflussreiche Stränge der wissenschaftlichen Betrachtung von Wissen und Wissensformationen zusammenführt und für die empirische Sozialforschung handhabbar macht. Der besondere Zuschnitt der WDA auf die Analyse politischer Debatten erfolgte durch Schünemann (2013, 2016) in seinen Untersuchungen von Referendumsdebatten. Hierin führt er insbesondere das »Argument« als eine übergeordnete Analysekategorie politischer Diskursforschung ein. Argumente entstehen hiernach an den Schnittstellen von durch die Zeit prozessierenden Diskurssträngen und dem politischen Hier und Jetzt einer Referendumsdebatte, wenn Wahlkampfakteure aus politischer Überzeugung und/oder taktischem Kalkül diese Stränge aufgreifen und zu Argumenten formen.

Wir knüpfen an diese Konzeption an, wobei wir erwarten, dass es in der Brexit-Debatte zwei dominante Diskursstränge sind (Europapolitik Großbritanniens und schottische Devolution), die in der Referendumssituation auf spezifische Weise, dynamisiert und eingeschränkt durch Abstimmungsdispositiv sowie strategische Kampagnenkommunikation, interferieren. Da Referenden in der Regel einen bipolarisierenden Druck (vielfach wird auch kritisch von einer Simplifizierung gesprochen) auf Entscheidungsalternative und Debatte ausüben, kann die Annahme formuliert werden, dass die komplexe Schottland-Frage, obgleich zumindest für die schottische Bevölkerung von größerer Salienz als die europäische, sich diesem Druck gewissermaßen ergibt und eine bipolare Strukturierung erfährt. Offen bleibt dann die Frage, wie diese Komplexitätsreduktion im Zuge diskursiver Praktiken der Interpretation und Argumentation im Einzelnen erfolgt. In dieser besonderen sozialen Kommunikationssituation interessieren wir uns deshalb für die Bezugnahmen auf Schottland in der Brexit-Debatte als Argumente, die ihre Plausibilität, Legitimität und Überzeugungskraft aus den in Diskursen verankerten Wissensbeständen über die schottische Identität und deren Verhältnis zum Nationalstaat und zur EU beziehen müssen.

Für die Materialerhebung haben wir auf ein innovatives Verfahren zurückgegriffen, um ein ausgewogenes Korpus zusammenzustellen. Dabei haben wir uns die Besonderheiten einer digital mediatisierten Referendumsdebatte in Großbritannien zunutze gemacht, indem wir die Wahlkampfkommunikation über das soziale Netzwerk Twitter erfasst haben. Die Twitter-Nutzung ist in Großbritannien sehr verbreitet, mit über 14 Mio. Twitter-Nutzern steht das Land auf Rang 7 in der entsprechenden globalen Statistik. Vor dem Hintergrund dieser Ausbreitung der Technologie gehören die sog. »Hashtag Politics« (Jeffares 2014) auch und gerade im Vereinigten Königreich zum Standardrepertoire politischer Kampagnen. Für die Datenerhebung über Twitter konnten wir uns an einer Besonderheit des britischen Referendumsdispositivs orientieren. Das strenge Dispositiv schreibt für die offizielle Phase des Referendumswahlkampfes eine durch die britische Wahlkommission sanktionierte Lagerbildung gemäß der Entscheidungsalternative vor. Als sogenannte »designated lead campaigns« wurden am 13. April 2016 die Kampagnen »The In Campaign Ltd« und »Vote Leave Ltd« bestimmt, die wir in unserer Analyse als

Repräsentanten der beiden politischen Lager nutzen.⁴ Nur diese beiden Organisationen hatten das Recht auf Wahlwerbung in Rundfunk und Fernsehen, ihnen war eine weit höhere Ausgabenobergrenze gesetzt als allen übrigen Akteuren und sie kamen in den Genuss umfangreicher öffentlicher Kampagnensubventionen.

Vor diesem Hintergrund haben wir im ersten Schritt vom Zeitpunkt der Entscheidung der Wahlkommission bis zum Abstimmungstermin alle versendeten Tweets (inkl. Retweets) der zugehörigen Twitter-Konten (@StrongerIn und @vote_leave) gesammelt, also in Echtzeit voll erhoben.⁵ Im Ergebnis gewannen wir daraus 703.024 Tweets für *StrongerIn* und 2.280.575 Tweets für *VoteLeave*. Der erhebliche Unterschied im Umfang der Korpora lässt sich aus unserer Sicht durch drei Faktoren erklären: Zum Ersten entspricht es einer allgemeinen Beobachtung europapolitischer Referendumswahlkämpfe, dass die EU-Gegner oft früher und besser für diese Art Auseinandersetzung organisiert sind, die Themen setzen und über lange Zeit intensiv Kampagnenarbeit betreiben (Atikkan 2018). Zum Zweiten haben verschiedene Online-Wahlkämpfe der jüngeren Vergangenheit gezeigt, dass insbesondere die neue nationalistische Rechte, die wesentlich zur Aktivität der Brexit-Kampagne beigetragen hat, besonders intensive politische Kommunikation über Online-Medien und soziale Netzwerke betreibt (Stier et al. 2017). Drittens schließlich haben entsprechende Studien für das Brexit-Referendum ergeben, dass das Leave-Lager in stärkerem Maße auf automatisierte Aktivität (social bots) zurückgegriffen hat, um seine Wahlkampfaktivitäten auszubauen (Howard/Kollanyi 2016).

Twitter ist vor allem aufgrund seiner 140-Zeichen-Restriktion⁶ nicht die Plattform für gehaltvolle und ausführliche Kommunikation. Vielmehr wird sie überwiegend für erweiterte Statusmeldungen, knappe Statements sowie Verweise auf andere Inhalte genutzt. An diese Nutzungsgewohnheit haben wir mit der Materialerhebung angeschlossen. Tatsächlich liefern die Tweets, die auf Inhalte außerhalb der Twitter-Kommunikation verweisen, den entsprechenden Internetlink in der Regel mit. Im zweiten Schritt sind wir diesen URLs also automatisiert gefolgt und haben die entsprechenden Inhalte der Internetseiten erhoben. Aufgrund der Datenmenge haben wir uns auf solche Seiten beschränkt, die mindestens zehnmal im Twitter-Korpus genannt worden sind, d.h. offenbar eine gewisse Aufmerksamkeitsschwelle überschritten haben. Aus den derart gewonnenen insgesamt 1.958 Textdokumenten haben wir in einem dritten Schritt mit dem Suchwort *scot** diejenigen Texte herausgefiltert, die einen expliziten Bezug zu Schottland oder schottisch aufweisen. Daraus ergab sich nach Abzug nicht zu identifizierender Quellen (Verdacht auf Bots) ein Textkorpus von 251 Dokumenten. Wir haben diese Dokumente

4 Dies ist insofern auch als forschungspragmatische Entscheidung anzusehen, als sie zur nötigen Datenreduktion beiträgt. Denn natürlich gab es, insbesondere mit Blick auf die nicht-regulierten Social-media-Aktivitäten, zahllose Wahlkampfbeiträge jenseits der designierten Kampagnen. Gerade im Leave-Lager hatten sich mit »EU.Leave« und »Grassroots.Out« alternative und ebenfalls sehr aktive Kampagnen herausgebildet. Wir können dennoch davon ausgehen, dass wir den typisierbaren Gehalt schottlandspezifischer Äußerungen durch die Konzentration auf die designierten Leitkampagnen umfassend erfassen.

5 Hierzu haben wir R und konkret das Package TwittR von Pablo Barbéra verwendet.

6 Mittlerweile sind max. 280 Zeichen möglich.

in einem vierten Schritt daraufhin überprüft, ob es an mindestens einer der Textstellen mit Schottlandbezug auch tatsächlich zu einer auf die Referendumsdebatte zielenden Argumentation gekommen ist. Nach dieser Prüfung blieben 129 Dokumente Teil des finalen Korpus für die Analyse.

Qualitative Diskursforschung ist in erster Linie Interpretationsarbeit unter Zuhilfenahme hermeneutischer Verfahren der Textauslegung (Keller 2011, S. 273 ff.). Im Zuge der Materialinterpretation haben wir innerhalb der beiden Lager alle expliziten Bezugnahmen auf Schottland bzw. schottisch gesichtet und sukzessiv wiederkehrende Aussagen in generischen Kategorien als Argumente entsprechend ihrer strategischen Ausrichtung gebildet. Die Analyse zielt darauf ab, zu rekonstruieren, wie die Schottland-Frage im jeweiligen Lager ausgedeutet und in ihrer Komplexität so reduziert wird, dass sie in das Werben für bzw. gegen den EU-Austritt eingepasst werden kann. Dabei liegt ein besonderer Fokus auf der Frage, in welcher Weise die einzelnen Argumente mittels spezifischer Begrifflichkeiten, Begründungsstrategien, Deutungsmuster und Narrative das imaginierte Kollektiv »Schottland« mit einer bestimmten Bedeutung hervortreten lassen und mit Blick auf die bevorstehende Abstimmung zur Geltung bringen. Im folgenden Abschnitt präsentieren wir die Befunde unserer empirischen Analyse.

4 Die Schottland-Frage im Brexit-Diskurs: Empirische Auswertung

4.1 Die Schottland-Frage im Remain-Lager

In der überwiegenden Mehrzahl der Fundstellen tritt die Schottland-Frage im Remain-Lager in der Gestalt einer *Warnung vor einer Neubelebung und Verschärfung des Konflikts zwischen Schottland und dem übrigen Vereinigten Königreich* im Falle eines mehrheitlichen Votums für den EU-Austritt auf.⁷ Es wird argumentiert, dass die Sezessionsbestrebungen Schottlands neuen Antrieb erhielten und in ein neuerliches Unabhängigkeitsreferendum mündeten, würde sich Großbritannien bzw. eine englische Mehrheit gegen den antizipierten Mehrheitswillen der schottischen Bevölkerung von der EU lossagen. Die Brexit-Abstimmung erscheint somit als Gefahrenpunkt, der das Risiko eines Aufflammens des latenten Identitätskonflikts und des Erreichens einer neuen Eskalationsstufe birgt. Insgesamt bringt diese Argumentationsweise somit keine Gründe für den Verbleib in, sondern ausschließlich gegen den Austritt aus der EU vor. In der Brexit-Debatte zog diese Strategie des »scaremongering« (The Sun 2016) bisweilen auch Kritik auf sich, da sie Ängste bediene und die Vorteile einer EU-Mitgliedschaft nicht mit einem »broader political narrative about our place in the EU« (Telegraph 2016) begründe.

Bei der Konstruktion dieser Ursache-Wirkungsbeziehung arbeitet das Argument mit einer Reihe von Voraussagen und unterstellten Kausalzusammenhängen, die sich auf eine hypothetische Konstellation beziehen: ein gesamtstaatlich mehrheitliches Votum für

7 In den Dokumenten des Remain-Lagers haben wir an 94 Prozent der kodierten Sequenzen das entsprechende Muster erkannt.

einen EU-Austritt, das von den Anhängern einer schottischen Unabhängigkeit für neue (und diesmal erfolgreiche) Sezessionsbemühungen genutzt werde, wofür wiederum eine schottische Mehrheit für den EU-Verbleib in der Brexit-Abstimmung als notwendige Voraussetzung erscheint. Gleichwohl kommt die Warnung vor den Auswirkungen dieser voraussetzungsvollen Prognose vielfach in der Gestalt einer unumstößlichen Gewissheit daher: Schottland würde im Falle eines EU-Austritts »definitely leave« und »surely break from the UK« (Spectator 2016), ein Auseinanderbrechen Großbritanniens sei mithin »almost inevitable« (Daily Mail 2016). Zugleich erscheint die Post-Brexit-Zeit nicht allein als unerwünschte Zukunft, sondern als »a future about which all of us are inescapably uncertain« (Guardian 2016a). Ein Brexit würde »a really big mess« (Dezeen 2016) nach sich ziehen, dessen konkrete Gestalt und Langzeiteffekte kaum überschaubar seien. Das Argument verknüpft somit eine mit vermeintlicher Sicherheit eintretende Gefahr mit einem Zustand der Ungewissheit und Destabilisierung und gewinnt hierdurch den Charakter eines »Horrorszenarios«.

Innerhalb dieses grundlegenden Arguments lässt sich ein Sonderfall differenzieren, der mit dem Deutungsmuster der nationalen Integrität operiert und damit in besonderer Weise auf kollektive Identitäten rekurriert. In dieser Wendung geht es nicht allein um die drohende Unabhängigkeit Schottlands, sondern um das Kollektiv des Vereinigten Königreichs, das fundamental in Gefahr sei: »disintegration of the UK« (Open Democracy 2016), »territorial integrity of the UK at risk« (Financial Times 2016) oder »the Balkanisation and ultimate dissolution of the United Kingdom« (HBE 2016) sind nur einige der zahlreichen Wendungen, die das Brexit-Referendum mit dem Fortbestand des Nationalstaats verknüpfen. Insbesondere in dieser Figur nehmen die imaginierten Gemeinschaften der Insel und kollektivierende Begrifflichkeiten eine zentrale Rolle ein. »[W]ithout the family of Scotland Wales and NI«, so ein Leserkommentar zu einem Online-Artikel, »we will [...] end up in England [...] and with no money and no pants« (Spectator 2016). An anderer Stelle wird von einer Kolumnistin in ähnlicher Weise die Sorge artikuliert, dass im Falle eines EU-Austritts »[w]e will no longer be a United Kingdom, with Scotland gone and Ireland riven by a hard border« (Guardian 2016b). Bisweilen verdichten sich derartige Sorgen in der negativ konnotierten Figur des »Little England« (u. a. Spectator 2016) im Sinne eines unbedeutenden Residuums eines einstmaligen stolzen Königreichs.

Interessanterweise wird an vereinzelten Stellen der Debatte die Warnung vor einem Zerfall des Vereinigten Königreichs im Falle eines Brexit auch von schottischen Nationalisten ins Feld geführt. So warnt etwa Nicola Sturgeon, die Erste Ministerin Schottlands, »that a UK vote taking Scotland out of Europe against its wishes could trigger another independence referendum« (Daily Record 2016a). Sturgeons Warnung ist ein besonders erhellendes Beispiel für die Zurichtung der gerade für die Sprecherin bedeutenderen Schottland-Frage entlang der Entscheidungsalternative des Referendums. Das Primärziel Unabhängigkeit tritt hinter die Kampagnentaktik der laufenden Auseinandersetzung zurück, wird in doppelter Hinsicht sekundär, weil die Aussicht auf baldige Autonomie sich in den Möglichkeitsraum verschiebt, der durch eine bekämpfte europapolitische Entscheidung eröffnet wird. Aus Sicht der SNP könnte das Leave auch als Chance dargestellt werden, doch stattdessen wird vor dem Zerfall des Königreichs – und damit wesentlich

auch der schottischen Unabhängigkeit – gewarnt. Offensichtlich wird an dieser Stelle das strategische Ziel (Unabhängigkeit Schottlands) von taktischen Erwägungen überlagert und wird der Zusammenhang diskursiv neu arrangiert. An anderer Stelle wird die Relativierung von territorialen Identitäten noch deutlicher, wenn von schottischer Sprecherposition aus das englische bzw. übrige britische Kollektiv explizit angesprochen wird: »Just as you appealed to Scotland to ›stay with us‹ in 2014 we don't want you to leave us now by voting to leave the European Union. We want you to remain with us« (Daily Record 2016b). In reflexiver Bezugnahme auf dieses Argument finden sich im Diskurs wiederum warnende Problematisierungen: Das »Project Deception« (Facebook ScotLeave.EU 2016b), das das Werben für einen Verbleib in der EU mit der englischen Sorge um die ansonsten drohende Unabhängigkeit Schottlands verkoppelt, sei »risky, as few things unite and annoy English voters more than threats from the angry north« (Telegraph 2016).

Zusammenfassend erscheint das Brexit-Referendum in den obigen Argumentationsvarianten als historischer Scheideweg, wobei das Ergebnis der Abstimmung das Königreich in eine existenzielle Krise stürzen könnte. Dabei wird gerade »Schottland« als *Abtrünniger im Wartemodus dargestellt*, von dem eine latente Gefahr ausgeht und der nur auf den richtigen Zeitpunkt für eine Abspaltung vom Königreich lauert. Ein Sieg der Brexiteers setze einen Automatismus in Gang, der zum Austritt Schottlands aus dem Vereinigten Königreich und mithin zu dessen Zerfall führe.

Während die überwiegende Mehrzahl der Remain-Stimmen die Schottland-Frage als Gefahr für den Zusammenhalt Großbritanniens artikuliert, finden sich unter den Fürsprechern einer EU-Mitgliedschaft auch vereinzelt Argumente, die die Schottland-Frage als *grundsätzlich legitimes Streben nach nationaler Autonomie* ansprechen. In einer ersten Spielart wird argumentiert, dass im Falle eines Auseinanderklaffens des Wahlverhaltens beim Brexit-Referendum politische Spannungen zwischen Westminster und Holyrood entstehen würden, »which we [the Scots] can exploit« (Common Space 2016). Die Konfliktkonstellation wäre gar noch ausgeprägter, wenn »[t]he Scottish vote keeps the UK in the EU«, was für die politische Landschaft eine Machtverschiebung zuungunsten der zentralstaatlichen Autorität in Westminster bedeuten würde (ebd.).

Demgegenüber wird in einer zweiten, häufiger artikulierten Variante des für nationale Autonomie eintretenden Arguments behauptet, dass für die Realisierung der spezifischen schottischen Interessen und Werte eine Mitgliedschaft in der EU zuträglich wäre. Diese Annahme bezieht ihre Plausibilität aus der Feststellung, dass die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen der EU in größerer Übereinstimmung mit dem schottischen Sozialstaatsprinzip lägen und die eigenen Wertvorstellungen aufgrund eines »divergent view of what's right in social terms between Scotland and England« (Guardian 2016d) im Mehrebenensystem der EU besser realisiert werden könnten als außerhalb:

»The benefits of being in Europe touch all parts of Scottish society – rights for families such as maternity and paternity leave, protection for workers including paid holiday leave, freedoms for older people such as pension rights across EU countries, and opportunities for young people.« (Scotsman 2016)

Vor diesem Hintergrund erscheint ein Verbleib in der EU vor allem deshalb erstrebenswert, um die in Brüssel verorteten Kompetenzen nicht an Westminster zu verlieren, womit der politische Einfluss des Zentralstaats in Schottland unweigerlich wachsen würde. Da Schottland kein formaler Vertragspartner der EU sei, »all the obligations contained in the [EU] treaties would return to the UK parliament [...] which would then decide what to share out with national assemblies and parliaments« (Guardian 2016e). Diese Deutung bleibt im Brexit-Diskurs allerdings nicht unwidersprochen und dient im Leave-Lager als Ankerpunkt, um die Gleichzeitigkeit von nationaler Autonomie und supranationaler Einbindung zu problematisieren (siehe hierzu Abschnitt 4.2). Neben dieser funktionalistischen Begründung wird der positive Zusammenhang zwischen schottischen Gestaltungsspielräumen und EU-Mitgliedschaft bisweilen auch mit gemeinsamen Werten gerechtfertigt. Im Norden der Insel existiere eine »essential Scottish Europeanness« (Guardian 2016f), weshalb »[there is] something beautiful about being part of this European family« (BBC 2016). Auch derartige Betonungen eines Wertekonsenses zwischen schottischer und europäischer Gemeinschaft erzeugen eine identitäre Differenz zwischen Schottland und England bzw. dem übrigen Vereinigten Königreich.

In dieser zweiten Logik der argumentativen Verknüpfung von Brexit- und Schottland-Frage erscheint das Kollektiv »Schottland« somit als *Wertegemeinschaft mit eigenen politischen Orientierungen und Interessen*. Es stellt nicht in erster Linie eine Gefahr für die nationalstaatliche Integrität, sondern ein wichtiges *politisch-ideologisches Gegengewicht* im Königreich dar. Als solches meldet es aktiv politische Gestaltungsansprüche an, die es im EU-Rahmen besser umsetzen kann als allein im nationalen Rahmen.

Damit lässt sich abschließend festhalten, dass die Schottland-Frage im Remain-Lager in zwei idealtypischen Argumentationsfiguren artikuliert wird: auf der einen Seite der Widerstand gegen den EU-Austritt, begründet dadurch, dass ein Brexit in letzter Konsequenz den Zusammenbruch des Vereinigten Königreichs bedeuten würde; auf der anderen Seite wird für einen EU-Verbleib geworben, da sich mit einer schottischen Mehrheit für die bzw. einem tatsächlichen Verbleib Großbritanniens in der EU die Handlungsspielräume des Nordens gegenüber der britischen Zentralregierung vergrößern würden. In beiden Fällen wird der schottische Identitätskonflikt gleichsam instrumentell auf die Referendumsentscheidung bezogen. In der Gesamtschau wird die Schottland-Frage damit im Hinblick auf die skizzierten Konsequenzen bipolar simplifiziert und für die Referendumsdebatte nutzbar gemacht.

4.2 Die Schottland-Frage im Leave-Lager

Aufseiten der Fürsprecher eines britischen EU-Austritts erfolgt die Bezugnahme auf Schottland in einer ersten Argumentationsfigur mittels der Behauptung, dass ein Brexit nicht zu einem neuerlichen Unabhängigkeitsreferendum und mithin nicht zu einer Abspaltung des Nordens vom Rest der Insel führen würde. Auch dieses Argument gründet somit auf der Prognose, dass das schottische Elektorat mehrheitlich für einen EU-Verbleib stimmen werde, um zugleich zu betonen, dass dies nicht zum Zusammenbruch des

Vereinigten Königreichs führen werde. In der bevorstehenden Abstimmung zur EU-Mitgliedschaft könne man mithin ruhigen Gewissens und ohne Sorge um die nationale Integrität für einen EU-Austritt votieren. Das Argument gewinnt somit erst als Antwort auf das Remain-Lager an Bedeutung, indem es die dort artikulierte Konstruktion eines kausalen Zusammenhangs zwischen EU-Austritt und schottischer Abspaltung in Frage stellt.

Zur Plausibilisierung dieser Problematisierung werden drei Begründungen ins Feld geführt. Erstens eine legalistische, wonach der schottischen Politik die Kompetenzen fehlten, um im Falle eines EU-Austritts die Abspaltung von Großbritannien einzuleiten: »The factual constitutional position is clear. The legal power to hold a referendum is in Westminster« (Facebook ScotLeave.EU 2016a). Zweitens sei das befürchtete Aufflammen der Sezessionsbemühungen auch aus politischen Gründen unwahrscheinlich. Die letzte – und gescheiterte – Volksabstimmung liege erst knapp zwei Jahre zurück, und angesichts dieser Erfahrung wäre selbst den schottischen Nationalisten das politische Risiko zu groß, die Bevölkerung nochmals an die Urnen zu bitten: »Scots would not want another referendum every time something changes« (Express 2016a), zumal fundamentale Fragen wie die nach Unabhängigkeit »generational questions« (Telegraph 2016) seien. Schließlich werden drittens wirtschaftliche Gründe vorgebracht. So habe sich eine schottische Mehrheit im September 2014 deshalb gegen die Unabhängigkeit ausgesprochen, »because they did not want Scotland to become an oil state, with its prosperity tied to the world oil price« – und da sich der Ölpreis seither halbiert habe, »Scotland could not survive economically« (Heatstreet 2016). Aus diesen Gründen sei die Neubelebung der Unabhängigkeitsbestrebungen in erster Linie mit Gefahren verbunden: »what is far more destabilising for Scotland [than leaving the EU] is the prospect of another independence referendum. That needs to come off the table for starters« (BuzzFeed 2016).

Mit der argumentativen Strategie, die befürchtete Abspaltung Schottlands im Falle eines Brexit anhand von legalistischen, politischen und ökonomischen Gründen zu hinterfragen, wird auf die identitären Spannungen zwischen Schottland und England bzw. dem übrigen Vereinigten Königreich sowie den unterschiedlichen Verhältnissen zur europäischen Gemeinschaft aufgesattelt, was letztlich zu deren diskursiver Reproduktion beiträgt. In einzelnen Aussagen des Leave-Lagers finden sich indes auch Versuche, diese territorialen Identitäten neu zu arrangieren. So sei die Frage zur europäischen Mitgliedschaft, so ein Parlamentarier aus dem Leave-Lager, »a UK question and the UK will vote on it as a whole« (BuzzFeed 2016). Hinter dieser Rahmung des Referendums verbirgt sich der Versuch, die erwarteten innerstaatlichen Differenzen von der innenpolitischen Debatte über die Zukunft des Vereinigten Königreichs zu entkoppeln. Es handelt sich mithin um eine Strategie der Vergemeinschaftung, die Großbritannien zum relevanten Kollektiv erhebt. Innerhalb dieses Kollektivs mag es (regional) differierende Einstellungen zur EU-Mitgliedschaft geben, ausschlaggebend bleibe jedoch die Mehrheitsmeinung der Insel als Gesamtheit. Noch deutlicher wird der Versuch der Kollektivierung im folgenden Blog-Beitrag:

»We have always been ill at ease with our EU membership. It has always divided the country and it has divided us as people. It has set Scotland against England and Eng-

land against Europe. It creates disunity. We should not allow it to fragment us further.« (PNPB 2016)

An diesen und ähnlichen Stellen steht somit nicht im Zentrum, wie wahrscheinlich eine Vertiefung innerbritischer Differenzen im Falle eines Brexit ist, sondern es handelt sich um den gleichsam umgekehrten Versuch, das Referendum über die EU-Mitgliedschaft zur Konstitution bzw. Festigung eines übergreifenden Kollektivs zu mobilisieren, was in der zitierten Passage nicht zuletzt an der spezifischen Verwendungsweise kollektivierender Begriffe wie »we«, »us« oder »people« abzulesen ist.

In den beiden argumentativen Figuren steht »Schottland« zunächst ebenfalls für den befürchteten Zusammenbruch des Vereinigten Königreichs, womit ein Argument des Remain-Lagers aktualisiert wird, allerdings in Abgrenzung. Denn die jeweiligen Sprecher versichern zugleich, dass diese Gefahr im Falle eines mehrheitlichen Votums für den EU-Austritt nicht unmittelbar drohe. Ein Automatismus vom Austrittsvotum zum Zerfall des Königreichs sei nicht gegeben. Um diese Position zu begründen, bedienen sie sich entweder rationaler Erklärungen, indem vorgerechnet wird, dass eine Sezession aus legalistischen, politischen und ökonomischen Gründen nicht zu erwarten sei, oder emotionaler Ansprachen, indem versucht wird, das Referendum als britische Schicksalsfrage zu rahmen, die das Vereinigte Königreich nicht (weiter) spalten dürfe. In beiden Fassungen – und im Unterschied zum Remain-Lager – wird »Schottland« somit als Kollektiv aufgerufen, von dem zwar eine latente Gefahr für die nationalstaatliche Integrität ausgeht, die jedoch zumindest im Kontext des EU-Referendums gebändigt werden kann.

Daneben existiert, analog zum Remain-Lager, auch im Leave-Lager eine Form der Bezugnahme auf Schottland, die die EU-Mitgliedschaft mit der Suche nach *politischer Autonomie* verbindet. Der grundlegenden Logik dieses Arguments zufolge, das innerhalb des Leave-Lagers häufiger als das obige Gegenstück auftritt,⁸ stehe die EU-Mitgliedschaft den Autonomiebestrebungen im Wege, weshalb ein mehrheitliches Votum für den Brexit dem Streben nach Selbstbestimmung zuträglich sei: Die EU sei »a barrier to our aspirations [for self-determination] rather than a facilitator of them« (Common Space 2016), weshalb ein Votum für den Austritt »the only vote to put us in the driving seat and in control of our destiny« (The National 2016a) sei. Die im Remain-Lager artikulierte Annahme, die EU-Mitgliedschaft sei für die schottische Politikgestaltung aufgrund einer weitreichenden Kongruenz mit den europapolitischen sozioökonomischen Ordnungsvorstellungen von Vorteil, wird in diesem Argument des Leave-Lagers hinterfragt, wobei insbesondere die Verteilung von Kompetenzen im Zentrum steht: »The idea we'd take those powers out of Westminster but give some of it back to Brussels seems an odd argument« (BuzzFeed 2016). Die EU sei »a supremely unionist organisation« (The National 2016b), weshalb der Versuch einer Emanzipation von der einen Union bei gleichzeitiger Unterwerfung unter eine andere Union inkonsistent sei. In diesem Argument geht es so-

8 In den Dokumenten des Leave-Lagers haben wir an 65 Prozent der kodierten Sequenzen das entsprechende Muster erkannt.

mit vor allem um die Frage, wie sich die politische Macht zwischen Holyrood, Westminster und Brüssel verteilt, wobei das Verhältnis der Trias als Nullsummenspiel erscheint.

Im Hinblick auf die Begründungsmuster fällt auf, dass sich das Argument vielfach eines demokratietheoretischen Registers bedient: »bring democracy home« (Common Space 2016), »EU also undermines our democracy« (Herald 2016) oder »who is truly sovereign – the Scottish people or some unelected judges in Luxembourg?« (Express 2016b) sind nur einige der Wendungen, die das Referendum als Frage nach der demokratischen Selbstbestimmung akzentuieren. Vor dem Hintergrund des tief verankerten Deutungsmusters der Parlamentssouveränität, welches auch einen zentralen Ankerpunkt in der innenpolitischen Diskussion um die Devolution darstellt (Bogdanor 2001, S. 287–294), wird verständlich, weshalb Rekursen auf Demokratie, Souveränität oder »people« auch im Brexit-Diskurs eine besondere Stellung zufällt. Dabei richten sich die Aussagen auch auf die demokratische Qualität des europäischen Institutionensystems als solchem:

»Lawmaking in the EU is controlled by the Commission initiating a proposal, with the European Parliament consulted and the Council of Ministers making a final decision. The Commission is a self-selecting, self[-]regarding unaccountable elite, initiating and implementing legislation, wielding extensive executive power; it is the antithesis of how democracy should work.« (Common Space 2016)

Angesichts dieser Defizite sowie der Tatsache, dass »[i]n the European Parliament, Scotland's six MEPs represent one per cent of the 751 total membership«, sei es unverständlich, »[that] there are nationalists arguing that we should remain in that unequal union« (ebd.).

Im Vergleich zu den oben rekonstruierten Argumenten besteht ein Spezifikum dieser Figur in den regelmäßigen Verweisen auf einzelne politische Entscheidungen in spezifischen Politikfeldern, die pars pro toto für das grundlegende Problem einer europäischen Fremdbestimmung Schottlands angeführt werden. Besonders häufig werden die Felder Fischerei und Landwirtschaft genannt, deren europapolitische Regulierung zu Einbrüchen in der schottischen Wirtschaft geführt hätte. Dieses kollektive Wissen scheint im Diskurs derart fest verwurzelt zu sein, dass der bloße Rekurs auf »fishing and agriculture« genügt, um die problematischen Implikationen der EU-Mitgliedschaft zu belegen. Zugleich beziehen sich die Sprecher in derartigen Problematisierungen regelmäßig auf das kollektive Wissen um die besondere Stellung der europäischen Idee und des Werts der internationalen Offenheit in der schottischen Identität: »We can be pro-European without being members of an irretrievable EU« (The National 2016a). In diesen Aussagen wird mithin der Versuch unternommen, das Prinzip der Offenheit gegenüber Europa und der Welt, das als elementare Komponente der schottischen Identität angesehen wird und nicht zuletzt auch der Abgrenzung gegenüber einem als nationalistisch empfundenen »Little England« dient, von der EU-Mitgliedschaft zu entkoppeln. Ein schottisches Ja zur Frage nach dem EU-Austritt, so die Botschaft, sei durchaus vereinbar mit dem Selbstbild eines »outward-looking country«.

Analog zum Remain-Lager steht »Schottland« nach diesem zweiten Argumentationsmuster für *das Streben nach Selbstbestimmung und Autonomie* (ob inner- oder außerhalb

Großbritanniens bleibt hier in aller Regel unausgesprochen), das durch supranationale Kompetenzen behindert werde. Auch hier tritt das Kollektiv somit als *distinkte Wertegemeinschaft mit eigenen politischen Gestaltungsvorstellungen* ins Bild, wobei im Unterschied zum Remain-Lager »Schottland« hier vor allem mit dem Streben nach demokratischer Selbstbestimmung assoziiert wird, womit dieser Bedeutungsgehalt einen deutlich normativen und nicht rein funktionalen Anstrich erhält. Damit wird die Schottland-Frage im Leave-Lager gleichsam spiegelbildlich zum Remain-Lager präsentiert und erneut instrumentell auf die Referendumsfrage bezogen. Wieder erfährt der schottische Identitätskonflikt, der in der europapolitischen Auseinandersetzung eher an Komplexität gewinnen müsste, einen simplifizierenden bipolaren Zuschnitt für die Anwendung in der Wahlkampfkommunikation.

5 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Unser Beitrag fand seinen konzeptionellen Ausgangspunkt in der Feststellung, dass in der sozialkonstruktivistischen Identitätsforschung vielfach in homogenisierender Weise von *einer* europäischen Identität je EU-Mitgliedstaat gesprochen wird. Für Großbritannien ist hieraus ein weithin bekanntes Bild hervorgegangen, wonach wir es mit einem fundamental europaskeptischen Land zu tun haben, das im europäischen Einigungsprozess bestenfalls Markt Vorteile, aber immer auch eine bürokratische Überregulierung und Fremdbestimmung sieht. Diese Zugangsweise ist dabei kein Spezifikum der EU-Identitätsforschung, sondern insgesamt kennzeichnend für die politikwissenschaftliche bzw. politsoziologische Ausdeutung des Konzepts kollektiver Identität, das als eine nationalstaatliche Größe bestimmt wird (vgl. Anderson 1991; Billig 1995; Wodak et al. 1998). Selbstredend gibt es für dieses Verständnis gute Gründe, jedoch läuft es zugleich Gefahr, identitäre Dynamiken, Ambivalenzen und Widersprüche innerhalb von Nationalstaaten zu übersehen. Vor diesem Hintergrund haben wir den Fall Großbritannien – im spezifischen Kontext des britischen In-/Out-Referendums – um »Schottland« erweitert, verstanden als eine sozial konstruierte Kollektivität, der in Diskursen spezifische Bedeutungsgehalte zugewiesen werden. In der Gesamtschau wurde es damit möglich, ein differenzierteres Bild vom Zusammenhang zwischen Vereinigtem Königreich und europäischer Integration zu zeichnen: Sobald in argumentativen Praktiken auf die Schottland-Frage rekurriert wird, entsteht ein Beziehungsgeflecht, das unterschiedliche Ausdeutungen und Argumentationsstrategien im Hinblick auf das Für und Wider der britischen EU-Mitgliedschaft zulässt.

In diesem Beitrag haben wir versucht, die Komplexität des Abstimmungsgegenstands im soziohistorischen Kontext in einem wesentlichen Aspekt diskursanalytisch zu rekonstruieren. Den Fokus haben wir dabei auf die Schottland-Frage gelegt, weil sie sowohl die Referendumsdebatte geprägt als auch im Nachgang der Abstimmung angesichts der Differenzen im Ergebnis erhebliche Aufmerksamkeit erlangt hat. In ihr zeigt sich ein tief verwurzelter identitärer Konflikt, der mit der europapolitischen Auseinandersetzung interferiert. Wir haben diese Kopplungen anhand idealtypischer Argumente rekonstruiert.

Dabei hat sich gezeigt, dass in der Referendumssituation eine – im Vergleich zur vielschichtigen Verflechtung zwischen schottischer Autonomie bzw. Unabhängigkeit und europäischer Integration im historischen Verlauf (siehe Abschnitt 2) – Simplifizierung der Schottland-Frage erfolgt. Die bipolare Logik des Referendums über die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens hat zunächst zur Konsequenz, dass ein »an sich« (d.h. außerhalb der Referendumssituation) komplexerer Konflikt auf zwei sich gegenüberstehende Alternativen reduziert wird bzw. werden muss, um in der konkreten Entscheidungssituation sinnvoll artikuliert werden zu können. Die Dichotomisierung von Handlungsalternativen gehört freilich zu jedem Referendum. Referenden haben eine vereinfachende und polarisierende Wirkung, indem sie komplexe Sachverhalte auf eine einfache Frage zuspitzen und auf eine Entscheidungsalternative konzentrieren: Ja oder Nein, Leave oder Remain. Interessant für den speziellen Fall ist allerdings, wie diese Tendenz mit der Schottland-Frage interferiert und diese überlagert, was aus übergeordneter Perspektive zu einer gleichsam *doppelten diskursiven Bipolarisierung* führt. Abbildung 1 versucht, diese doppelte diskursive Bipolarisierung zu veranschaulichen.

	EU-Mitgliedschaft	pro	contra
schottische Autonomie			
pro		für Verbleib; »Schottland« als politische Gemeinschaft	für Austritt; »Schottland« als politische Gemeinschaft
contra		gegen Austritt; »Schottland« als latente Gefahr	gegen Verbleib; »Schottland« als latente Gefahr

Abbildung 1

Die Art und Weise dieser Komplexitätsreduktion ist durch mindestens drei Auffälligkeiten gekennzeichnet, die unsere diskursanalytische Rekonstruktion hat zutage treten lassen. Erstens zeigt sich, dass die Schottland-Frage im Vergleich beider Kampagnenlager in Form von zwei jeweils analog konstruierten Alternativen auftritt: Es erscheint jeweils ein »negatives« Argument, das eine Bedrohung thematisiert, und ein »positives« Argument, das um ein Potenzial kreist. Das negative Argument des Remain-Lagers besteht in der Warnung vor der Spaltung des Königreichs im Falle eines EU-Austritts, während das positive auf den Erhalt und Zugewinn der politischen Handlungsspielräume Schottlands innerhalb des EU-Rahmens abstellt. Umgekehrt bestreitet das negative Leave-Argument die Gefahr einer desintegrierenden Wirkung des EU-Austritts für das Königreich. Die positive Variante sieht schließlich den Königsweg für schottische Autonomiegewinne außerhalb beider Unionen. Damit wird die Bedeutung von »Schottland« mal verdichtet auf einen latenten Gefahrenherd, der im Falle eines EU-Austritts entweder ausbricht oder sich gerade noch beherrschen lässt, und mal auf ein politisches Kollektiv, das sich durch eigene Wertvorstellungen und Gestaltungsansprüche auszeichnet.

Zweitens wird sichtbar, dass die derart konstruierte Bipolarität der Schottland-Frage zwei Optionen bereithält, die nicht auf einer Ebene angesiedelt sind. Der Sorge um die nationale Integrität Großbritanniens steht nicht etwa ein Werben für die formale Unabhängigkeit Schottlands gegenüber, sondern die Suche nach zusätzlichen Handlungsspielräumen, die durchaus auch innerhalb eines Vereinigten Königreichs (Stichwort: Devolution) vorangetrieben werden könnte. Tatsächlich bleibt in den Argumenten sowohl des Remain- als auch des Leave-Lagers meist offen, ob das Streben nach politischer Selbstbestimmung, für das die EU-Mitgliedschaft hier als Barriere und dort als Hilfe erscheint, inner- oder außerhalb Großbritanniens realisiert werden soll. Daraus folgt, dass etwa auch Sprecher der Scottish National Party die Unabhängigkeit Schottlands in Form einer (negativen) Drohung artikulieren und nicht als (positives) Szenario, das es zu erreichen gilt. Insbesondere in diesen Beispielen wird ersichtlich, wie sich die Schottland-Frage für den historischen Moment der Brexit-Debatte gleichsam in den Dienst der europapolitischen Frage stellt.

Drittens schließlich fällt auf, dass das Licht, in dem die beiden Handlungsalternativen hinsichtlich der EU-Mitgliedschaft erscheinen, mit der argumentativen Gestalt der Schottland-Frage korrespondiert. So ist das positive Argument sowohl des Remain- als auch des Leave-Lagers mit einem Werben *für* die jeweilige Haltung zur EU-Mitgliedschaft verbunden. Hier wie dort wird die Wahlentscheidung als Mittel präsentiert, das zu einer Verbesserung des Status quo beizutragen vermag – für den Verbleib, um die schottischen Interessen und Werte innerhalb des politisch integrierten Europas besser realisieren zu können, bzw. für den Austritt, um Handlungsspielräume von der supranationalen Ebene zurückzugewinnen. Demgegenüber wenden sich die beiden negativen Argumente *gegen* die jeweilige alternative Position zur EU-Mitgliedschaft, um damit den Status quo zumindest sichern zu können – gegen den Austritt, um die territoriale Integrität des Königreichs nicht zu gefährden, bzw. gegen den Verbleib, da die EU-Mitgliedschaft nicht benötigt wird, um die nationale Einheit zu retten.

Neben den analytischen Beiträgen zur empirischen Referendumsforschung haben wir im Vorangegangenen zudem eine innovative Methode der Datenerhebung und Korpusbildung vorgestellt, die es erlaubt, via Kommunikationsdaten aus sozialen Medien, hier Twitter-Meldungen der beiden führenden Kampagnenformationen, und den darin geteilten URLs eine Wahlkampfdebatte systematisch und ausgewogen zu erschließen. Während eine interpretative Tiefenanalyse von Twitter-Daten aufgrund der Zeichenbeschränkung der Meldungen vor nicht unerheblichen methodischen Herausforderungen steht (vgl. Jeffares 2014, S. 112–134), ermöglicht der von uns beschrittene Weg der Erhebung von via Twitter kommunizierten externen Inhalten, sowohl der zunehmenden Relevanz einer mittels Kurzstatements operierenden politischen Kommunikation als auch dem diskursanalytischen Bedarf an interpretationsfähigem Material gerecht zu werden. Die methodische Innovation besteht dabei nicht in dem tatsächlich gewonnenen Material, gehören doch Quellen aus der (digitalen) Medienberichterstattung zum Standardrepertoire der sozialwissenschaftlichen Diskursforschung. Vielmehr ermöglicht unser Zugriff eine Identifikation derjenigen kommunikativen Ereignisse, die aufgrund mehrfacher Referenzierung (zumindest in der Twitter-Welt) eine gewisse Aufmerksamkeits-

schwelle überschritten haben und mithin als besonders bedeutsam für die Gestalt und Dynamik der Debatte insgesamt angesehen werden können. Für die Übertragbarkeit unseres Vorgehens auf andere Untersuchungsfälle ist zu bedenken, dass wir das soziale Netzwerk Twitter für die Brexit-Debatte als zentralen Baustein der Kampagnenarbeit beider Lager ansehen können, auf dem neue Inhalte und Dokumente (obgleich nicht exklusiv) verbreitet werden. Zudem hat das besondere britische Referendumsdispositiv mit zwei geförderten Hauptkampagnenformationen einen strukturierenden Effekt auf die gesellschaftliche Debatte, der die Datenerhebung auf die genannte Weise vereinfacht.

Wie die Entwicklungen nach dem Brexit-Votum bereits gezeigt haben, wird die Schottland-Frage die Verhandlungen über den britischen Austritt weiterhin beeinflussen. Im März 2017 hat das schottische Parlament die Abhaltung eines neuen Unabhängigkeitsreferendums im Herbst 2019 beschlossen. Die britische Regierung unter Theresa May hat sich gegen eine neuerliche Volksabstimmung zum genannten Zeitpunkt verwahrt. Nicola Sturgeons SNP-Regierung hat die Forderung im Juni 2017 nach schlechten Ergebnissen für die SNP bei den Parlamentswahlen erst einmal auf Eis gelegt. Je nachdem, wie konflikthaft und einschneidend die Trennung des Königreichs für Schottland verläuft, kann von einem Wiederaufflammen der Schottland-Frage dennoch ausgegangen werden. Die Basis der SNP drängt zumindest auf ein neues Referendum. Die Führung der Partei ist angesichts des unklaren Meinungsbilds in der schottischen Bevölkerung noch zurückhaltend. Neben den ökonomischen Schäden und den politischen Einflussverlusten, die der Vollzug des EU-Austritts mit sich bringen könnte, sind auch die Regelungen zur Verteilung der wieder auf die mitgliedstaatliche Ebene zurückkehrenden Kompetenzen zwischen der nationalstaatlichen und der regionalen Ebene sowie unter den Regionen geeignet, die Stimmung zugunsten eines neuen Unabhängigkeitsreferendums zu bewegen. Das EU-Austrittsgesetz der britischen Regierung wurde im Mai 2018 jedenfalls mit großer Mehrheit in einer unverbindlichen Abstimmung im schottischen Parlament abgelehnt. Vor diesem Hintergrund ist anzunehmen, dass die argumentativen Verkopplungen von Schottland- und EU-Frage, wie wir sie für das britische In-/Out-Referendum herausgearbeitet haben, auch in künftigen Aushandlungen des identitären Konflikts bedeutsame diskursive Ankerpunkte darstellen werden – denn einmal in der Welt, lässt sich die Art und Weise, wie über »das Königreich« gesprochen wurde, nicht mehr einholen.

Literatur

- Anderson, B. (1991): *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. London and New York: Verso.
- Applebaum, A. (2017): A Transformed Political Landscape. In: *Journal of Democracy* 28(1), S. 53–58.
- Atikcan, E. (2018): Agenda control in EU referendum campaigns. The power of the anti-EU side. In: *European Journal of Political Research* 57(1), S. 93–115.
- Barbehön, M. (2015): *Die Europäisierung von Städten als diskursiver Prozess. Urbane Konstruktionen des Mehrebenensystems und die lokale Umsetzung europäischer Politik*. Baden-Baden: Nomos.

- Barbehön, M. (2016): Europeanisation as Discursive Process: Urban Constructions of Europe and the Local Implementation of EU Directives. In: *Journal of European Integration* 38(2), S. 161–175.
- Berger, P. L./Luckmann, T. (1969): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Billig, M. (1995): *Banal Nationalism*. London, Thousand Oaks und New Delhi: SAGE.
- Bogdanor, V. (2001): *Devolution in the United Kingdom*. Oxford: Oxford University Press.
- Citrin, J./Sides, J. (2004): More than Nationals: How Identity Choice Matters in the New Europe. In: Herrmann, R. K./Risse, T./Brewer, M. B. (Hrsg.): *Transnational Identities. Becoming European in the EU*. Lanham: Rowman and Littlefield, S. 161–185.
- Clarke, J./Newman, J. (2017): ›People in this country have had enough of experts‹: Brexit and the paradoxes of populism. In: *Critical Policy Studies* 11(1), S. 101–116.
- Dardanelli, P. (2005): Democratic Deficit or the Europeanisation of Secession? Explaining the Devolution Referendums in Scotland. In: *Political Studies* 53(2), S. 320–342.
- Diez, T. (1999): Speaking ›Europe‹: the politics of integration discourse. In: *Journal of European Public Policy* 6(4), S. 598–613.
- Ford, R./Goodwin, M. (2017): A Nation Divided. In: *Journal of Democracy* 28(1), S. 17–30.
- Foucault, M. (1974): *Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, M. (1981): *Archäologie des Wissens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gallagher, T. (2017): Resistance from Scotland. In: *Journal of Democracy* 28(1), S. 31–41.
- Guelke, A. (2017): The Risk to Northern Ireland. In: *Journal of Democracy* 28(1), S. 42–52.
- Haesly, R. (2001): Euroskeptics, Europhiles and Instrumental Europeans. *European Attachment in Scotland and Wales*. In: *European Union Politics* 2(1), S. 81–102.
- Hobolt, S. B. (2016): The Brexit vote: a divided nation, a divided continent. In: *Journal of European Public Policy* 23(9), S. 1259–1277.
- Howard, Philip N./Kollanyi, Bence (2016): Bots, #StrongerIn, and #Brexit: Computational Propaganda during the UK-EU Referendum, https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2798311 (Abruf 12.6.2018).
- Jachtenfuchs, M./Diez, T./Jung, S. (1998): Which Europe? Conflicting Models of a Legitimate European Political Order. In: *European Journal of International Relations* 4(4), S. 409–445.
- Jeffares, S. (2014): *Interpreting hashtag politics. Policy ideas in an era of social media*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Keating, M. (2015): The European Dimension to Scottish Constitutional Change. In: *The Political Quarterly* 86(2), S. 201–208.
- Keller, R. (2011): *Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms*. 3. Auflage. Wiesbaden: VS.
- Lord Ashcroft Polls (2016): How the United Kingdom voted on Thursday... and why, <http://lordashcroftpolls.com/2016/06/how-the-united-kingdom-voted-and-why/> (Abruf 20.10.2017).
- Marks, G. (1999): Territorial Identities in the European Union. In: Anderson, J. J. (Hrsg.): *Regional Integration and Democracy. Expanding on the European Experience*. Lanham: Rowman and Littlefield, S. 69–91.
- McEwen, N. (2016): Disunited Kingdom: Will Brexit spark the disintegration of the UK? In: *Political Insight* 7(2), S. 22–23.
- McEwen, N. (2018): Brexit and Scotland: between two unions. In: *British Politics* 13(1), S. 65–78.
- McHarg, A./Mitchell, J. (2017): Brexit and Scotland. In: *The British Journal of Politics and International Relations* 19(3), S. 512–526.
- Mitchell, J. (2014): *The Scottish question*. Oxford: Oxford University Press.
- Mitchell, J. (2015): Sea Change in Scotland. In: *Parliamentary Affairs* 68(suppl 1), S. 88–100.
- Mitchell, J./Bennie, L./Johns, R. (2012): *The Scottish National Party. Transition to power*. Oxford: Oxford University Press.

- Oppermann, K. (2016): Das gespaltene Königreich. Die politischen Hintergründe und Ursachen des ›Brexit-Referendums. In: Politische Vierteljahresschrift 57(4), S. 516–533.
- Paquin, S. (2002): Globalization, European integration and the rise of neo-nationalism in Scotland. In: Nationalism and Ethnic Politics 8(1), S. 55–80.
- Parsons, C. (2003): A certain idea of Europe. Ithaca: Cornell University Press.
- Risse, T. (2010): A Community of Europeans? Transnational Identities and Public Spheres. Ithaca und London: Cornell University Press.
- Roger, A. (2009): The Impact of European Policies on National Political Parties: a theoretical outlook. In: Fuchs, D./Magni-Berton, R./Roger, A. (Hrsg.): Euroscepticism. Opladen: Barbara Budrich, S. 273–287.
- Schmidt, S./Tenscher, J./Weber, A. (2003): Mit Herz oder Verstand? Zur Akzeptanz des europäischen Integrationsprozesses in der Südpfalz. In: Brettschneider, F./van Deth, J./Roller, E. (Hrsg.): Europäische Integration in der öffentlichen Meinung. Opladen: Leske und Budrich, S. 83–113.
- Schmidt, V. A. (2017): Britain-out and Trump-in: a discursive institutionalist analysis of the British referendum on the EU and the US presidential election. In: Review of International Political Economy 24(2), S. 248–269.
- Schünemann, W. J. (2013): Der EU-Verfassungsprozess und die ungleichzeitige Widerständigkeit gesellschaftlicher Wissensordnungen – exemplarische Darstellung eines Ansatzes zur diskursanalytischen Referendumsforschung. In: Zeitschrift für Diskursforschung 1(1), S. 67–87.
- Schünemann, W. J. (2016): Manifeste Deutungskämpfe. Die wissenssoziologisch-diskursanalytische Untersuchung politischer Debatten. In: Bosancic, S./Keller, R. (Hrsg.): Perspektiven Wissenssoziologischer Diskursforschung. Wiesbaden: VS, S. 29–52.
- Schünemann, W. J./Keller, R. (2015): Narrativer Nationalismus. Die Wissenssoziologische Diskursanalyse zur Untersuchung kultureller Kontexte der politischen Auseinandersetzung in Europa. In: Hofmann, W. (Hrsg.): Die andere Seite der Politik. Wiesbaden: VS, S. 55–83.
- Stier, S./Posch, L./Bleier, A./Strohmaier, M. (2017): When populists become popular: comparing Facebook use by the right-wing movement Pegida and German political parties. In: Information, Communication and Society 20(9), S. 1365–1388.
- Sturm, R. (2016a): Brexit – das Vereinigte Königreich im Ausnahmezustand? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 47(4), S. 878–892.
- Sturm, R. (2016b): Uneiniges Königreich? Großbritannien nach dem Brexit-Votum. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 49-50, S. 17–23.
- Taggart, P. (1998): A Touchstone of Dissent: Euroscepticism in Contemporary Western European Party Systems. In: European Journal of Political Research 33(3), S. 363–388.
- Teubert, W. (2008): Provinz eines föderalen Superstaates – regiert von einer nicht gewählten Bürokratie? Schlüsselbegriffe des europakritischen Diskurses in Großbritannien. In: Keller, R./Hirsland, A./Schneider, W./Viehöver, W. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2. Wiesbaden: VS, S. 387–421.
- Ullrich, P. (2013): Kulturvergleich, diskursive Gelegenheitsstrukturen und linke Nahostdiskurse. Entwurf einer wissenssoziologischen und diskurstheoretischen Perspektive für die Protestforschung. In: Keller, R./Truschkat, I. (Hrsg.): Methodologie und Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. Band 1. Wiesbaden: VS, S. 315–337.
- Wodak, R. (2018): ›We have the character of an island nation‹. A discourse-historical analysis of David Cameron's ›Bloomberg Speech‹ on the European Union. In: Kranert, M./Horan, G. (Hrsg.): Doing Politics. Discursivity, performativity and mediation in political discourse. Amsterdam: John Benjamins, S. 27–58.
- Wodak, R./Kargl, M./de Cillia, R./Reisigl, M./Liebhart, K./Hofstätter, K. (1998): Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Quellen

- BBC (2016): EU referendum debate: MSPs vote overwhelmingly for UK to remain in EU, 26.05.17, <http://www.bbc.com/news/uk-scotland-scotland-politics-36383590> (Abruf 13.04.2017).
- BuzzFeed (2016): Anti-EU Campaign Boosted In Scotland As New Tory MSPs Give Their Backing, 16.05.16, https://www.buzzfeed.com/jamieross/pro-leave-campaign-boosted-in-scotland-as-new-tory-msps-give?utm_term=.ngdwjwvpp6#.qpXbAbwqqM (Abruf 13.04.2017).
- Common Space (2016): Jim Sillars: Why Scottish nationalists should back #Brexit, 09.05.16, <https://www.commonspace.scot/articles/3976/jim-sillars-why-scottish-nationalists-should-back-brexit> (Abruf 13.04.2017).
- Daily Mail (2016): Max Hastings: Despite many misgivings, I shall vote remain, 15.05.16, <http://www.dailymail.co.uk/debate/article-3641969/MAX-HASTINGS-Despite-misgivings-shall-vote-remain.html> (Abruf 13.04.2017).
- Daily Record (2016a): EU Referendum: Record poll shows over three-quarters of Scots will back Remain – and it could swing the UK result, 09.05.16, <http://www.dailyrecord.co.uk/news/politics/eu-referendum-record-poll-shows-7934908> (Abruf 13.04.2017).
- Daily Record (2016b): Our open letter to English EU referendum voters: Experience tells us Scots that backing Remain for unity is the best option, 20.06.16, <http://www.dailyrecord.co.uk/news/politics/open-letter-english-eu-referendum-8231805> (Abruf 13.04.2017).
- Dezeen (2016): Wolfgang Tillmans designs posters opposing Brexit vote, 26.04.16, <https://www.dezeen.com/2016/04/26/wolfgang-tillmans-eu-referendum-posters-anti-brexit-campaign-uk-remain/> (Abruf 13.04.2017).
- Express (2016a): ›The economy WILL continue to grow after a Brexit‹, says Iain Duncan Smith in LBC debate, 03.06.16, <http://www.express.co.uk/news/politics/676350/Iain-Duncan-Smith-Alex-Salmond-LBC-Brexit> (Abruf 13.04.2017).
- Express (2016b): EU is »past its sell-by date«, Scottish Vote Leave director says, 23.06.16, <http://www.express.co.uk/news/uk/682537/Brexit-EU-past-sell-by-date-Scottish-Vote-Leave-director-Tom-Harris> (Abruf 13.04.2017).
- Facebook ScotLeave.EU (2016a): Jim Sillars says Nicola Sturgeon's claim about Brexit and a second referendum does not fit the facts, 19.06.16, <https://www.facebook.com/scotleaveeu/posts/298659287137251> (Abruf 13.04.2017).
- Facebook ScotLeave.EU (2016b): Vote Leave today to end Project Deception by the SNP leadership, 23.06.16, <https://www.facebook.com/scotleaveeu/posts/300124000324113> (Abruf 13.04.2017).
- Financial Times (2016): Britain should vote to stay in the EU, 15.06.16, <https://www.ft.com/content/3748166e-3151-11e6-ad39-3fee5ffe5b5b?mhq5j=e1> (Abruf 13.04.2017).
- Guardian (2016a): The Guardian view on the EU referendum: keep connected and inclusive, not angry and isolated, 20.06.16, <https://www.theguardian.com/commentisfree/2016/jun/20/the-guardian-view-on-the-eu-referendum-keep-connected-and-inclusive-not-angry-and-isolated> (Abruf 13.04.2017).
- Guardian (2016b): On Friday I'll get my country back. Britain will vote remain, 21.06.16, <https://www.theguardian.com/commentisfree/2016/jun/21/friday-britain-remain-leave-campaign-foreigners> (Abruf 13.04.2017).
- Guardian (2016c): EU referendum live: IFS says Gove wrong to claim leaving EU could boost NHS spending, 06.06.16, <https://www.theguardian.com/politics/live/2016/jun/06/eu-referendum-live-cameron-harman-leave-campaign-con-trick> (Abruf 13.04.2017).
- Guardian (2016d): David Cameron rules out second Scottish independence referendum, 27.07.16, <https://www.theguardian.com/politics/2015/jul/27/david-cameron-rule-out-second-scottish-independence-referendum> (Abruf 13.04.2017).

- Guardian (2016e): Vote Leave claims Brexit would give Scotland more domestic powers, 18.05.16, <https://www.theguardian.com/politics/2016/may/18/vote-leave-claims-brexit-give-scotland-more-powers-eu-referendum> (Abruf 13.04.2017).
- Guardian (2016f): Dear Britain: Elena Ferrante, Slavoj Žižek and other European writers on Brexit, 04.06.16, <https://www.theguardian.com/books/2016/jun/04/dear-britain-letters-from-europe-referendum> (Abruf 13.04.2017).
- HBE (2016): Historians for Britain in Europe, <http://historiansforbritainineurope.org> (Abruf 13.04.2017).
- Heatstreet (2016): Tony Blair/John Major Northern Ireland EU Rally Savaged By Kate Hoey, 09.06.16, <https://heatst.com/world/tony-blairjohn-major-northern-ireland-eu-rally-savaged-by-kate-hoey/> (Abruf 13.04.2017).
- Herald (2016): Why Scotland should quit, 15.05.16, http://www.heraldscotland.com/opinion/14493678.Why_Scotland_should_quit/ (Abruf 13.04.2017).
- Open Democracy (2016): The British are dangerously ill-informed about the EU referendum, 17.02.16, <https://www.opendemocracy.net/ourbeeb/mike-berry/british-are-dangerously-ill-informed-about-eu-referendum> (Abruf 13.04.2017).
- PNPB (2016): Pete North Politics Blog: Brexit is an investment in the future, 19.04.16, <http://peterjnorth.blogspot.de/2016/04/brexit-is-investment-in-future.html> (Abruf 13.04.2017).
- Scotsman (2016): Mona Siddiqui: Support for staying in EU growing by the day, 23.05.16, <http://www.scotsman.com/news/opinion/mona-siddiqui-support-for-staying-in-eu-growing-by-the-day-1-4135098> (Abruf 13.04.2017).
- Spectator (2016): Out – and into the world: why The Spectator is for Leave, 18.06.16, <https://www.spectator.co.uk/2016/06/out-and-into-the-world-why-the-spectator-is-for-leave/> (Abruf 13.04.2017).
- Telegraph (2016): The Telegraph EU Debate: Viewers award victory to Boris Johnson and Priti Patel in head-to-head with Alex Salmond and Liz Kendall, 14.06.16, <http://www.telegraph.co.uk/news/2016/06/14/the-telegraph-eu-debate-with-boris-johnson-and-alex-salmond-all/> (Abruf 13.04.2017).
- The National (2016a): Letters I: A vote to Leave is the first step to gaining control of our destiny, 21.06.16, http://www.thenational.scot/comment/14867326.Letters_I__A_vote_to_Leave_is_the_first_step_to_gaining_control_of_our_destiny/ (Abruf 13.04.2017).
- The National (2016b): Letters II: SNP leadership are promoting Project Deception on EU vote, 23.06.16, http://www.thenational.scot/comment/14867432.Letters_II__SNP_leadership_are_promoting_Project_Deception_on_EU_vote/ (Abruf 13.04.2017).
- The Sun (2016): Hero who mauled Cameron in TV debate says he's ready to quit UK if we vote remain, 09.06.16, <https://www.thesun.co.uk/news/1253582/hero-who-mauled-cameron-in-tv-debate-says-hes-ready-to-quit-uk-if-we-vote-remain/> (Abruf 13.04.2017).

Anschriften:

Dr. Marlon Barbehön
 Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
 Institut für Politische Wissenschaft
 Bergheimer Straße 58, 69115 Heidelberg
 E-Mail: marlon.barbehoen@ipw.uni-heidelberg.de

Prof. Dr. Wolf J. Schünemann
 Universität Hildesheim, Institut für Sozialwissenschaften
 Universitätsplatz 1, 31141 Hildesheim
 E-Mail: wolf.schuenemann@uni-hildesheim.de